

Luzerner Tagblatt

Fällt die Filmzensur? 7
Ski: Gustavo Thöni schlug die Asse 15
Fünf Monate für Dienstverweigerer Georges Müller LM



Ratten-Exerzieren

Ausgerüstet mit Steinschleudern und Rattenfallen stehen seit drei Jahren amerikanische Soldaten Wache in einem verlassenen und verrottenden Camp in der Nähe von Oppenheim am Rhein. Keine Menschenseele bewegt sich im Gelände. Aber die Soldaten haben den Befehl, dort zu bleiben. Die einzige Beschäftigung der jungen Männer, die jede Woche abgelöst werden, besteht darin, fette, braune Ratten zu vertreiben...
 Photopress

Minister führten Putsch in Libyen an

Beirut, 11. Dez. (UPI) Der Chef des libyschen Revolutionsrates, Oberst Moammer al Kadhafi, gab in einer Radioansprache bekannt, daß der erfolgreiche Militärputsch von Verteidigungsminister Oberstleutnant Adam al Hawaz und Innenminister Oberstleutnant Moussa Ahmed angeführt wurde. Alle Teilnehmer an der bereits am 7. Dezember versuchten Aktion seien Militärs gewesen.

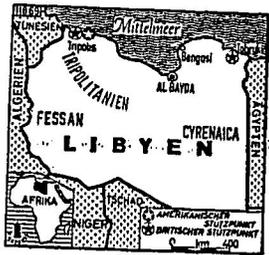
Al Kadhafi, dessen Ansprache über Radio Tripolis in Beirut abgehört wurde, sagte ferner, die Putschisten würden «sehr bald» von einem Militärgericht abgeurteilt werden. Beide Minister gehörten der Offiziersgruppe an, die am 1. September König Idris entmachtete und den Revolutionsrat als höchstes Gremium des Landes eingesetzt hatte.

Al Kadhafi bestätigte, daß alle Teilnehmer des Putschversuches verhaftet worden sind. Die Verschwörer, deren Zahl er nicht nannte, hätten Einrichtungen des Verteidigungsministeriums für ihre Pläne benützt. Die Verhafteten hätten versucht, Offiziere der Armee für ihre Absichten zu gewinnen, was jedoch von diesen durchkreuzt worden sei. Der ehemalige Verteidigungsminister Al Hawaz habe seine Teilnahme am Putsch eingestanden und einen Selbstmordversuch unternommen.

Die Urheber des Komplotts hätten «aus Groll» gegen die jungen Offiziere und gegen die Mitglieder des Revolutionsrates gehandelt.

Die Untersuchung werde ans Licht bringen, ob zwischen den britisch-libyschen Verhandlungen über die Räumung der britischen Militärstützpunkte

und dem Komplott ein Zusammenhang bestehe. Der Urheber des Komplotts, der Verteidigungsminister, sei kürzlich



beauftragt worden, mit einer amerikanischen Gesellschaft über Lieferungen von Radioapparaten zu verhandeln.

Wo ist der gestürzte Präsident von Dahomey?

Cotonou, 11. Dez. ag. (R) Der gestürzte Präsident von Dahomey, Emile Derlin Zinsou, hält sich angeblich in einem Armeelager der Hauptstadt auf. Augenzeugen wollen gesehen haben, wie der Staatschef in ein Fahrzeug gestiegen wurde, das in unbekannter Richtung verschwand. Verschiedene Personen sind der Ansicht, daß Zinsou getötet oder schwer verletzt wurde. Von anderer Seite war zu vernehmen, der Präsident sei mit einer Ambulanz zum Flughafen geführt worden. Ein Flugtransport ins Ausland sei wegen schwerer Schußverletzungen jedoch nicht möglich gewesen.

Monetäre Zusammenarbeit in der EWG

Die sechs EWG-Staaten haben einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer Zusammenarbeit auf dem Währungsgebiet getan. Die Gouverneure der Staatsbanken der Sechs haben beschlossen, zwei Milliarden Dollar in einen Fonds einzuzahlen, der als automatischer Ausgleichsfonds zu funktionieren hat.

(AFP) Die Hälfte dieses Betrages dient als automatischer Hilfsfonds, auf den jeder EWG-Staat nach Maßgabe der im voraus festzulegenden Quoten zurückgreifen kann. Die andere Hälfte ist als Reservefonds gedacht, der erst nach Absprache in Anspruch genommen werden kann.

Dieser Hilfsfonds ist aus dem «Barre-Plan» entstanden. Dieser Plan sah die Schaffung eines Fonds für kurzfristige Währungshilfen vor. Pömpidou hatte sich an der EWG-Gipfelkonferenz im Haag für die Schaffung eines solchen Stützungsfonds ausgesprochen und sogar noch weitergehende Maßnahmen empfohlen.

Britisch-irische Konsultationen

(DPA) Großbritannien und Irland haben die Einrichtung von Konsultationen im Hinblick auf EWG-Beitrittsverhandlungen beschlossen. Beide Länder wollen auch während der eigentlichen Verhandlungen engen Kontakt halten. Die Probleme des EWG-Beitritts, den beide Staaten beantragt haben, bildeten neben dem bilateralen

anglo-irischen Handelsabkommen das Hauptthema von Gesprächen, die eine irische Ministerdelegation unter Leitung von Außenminister Patrick Hillery mit britischen Regierungsmitgliedern führte. Hillery bekräftigte den Wunsch, daß die EWG-Beitrittsverhandlungen mit allen Antragstellern gemeinsam eröffnet und gemeinsam beschlossen werden, auch wenn die eigentlichen Probleme der einzelnen Länder dann separat behandelt werden müßten.

Streik des EWG-Personals

Die Vertreter von 1800 Beamten und Angestellten der EWG-Dienststellen, der Verwaltung des EWG-Parlaments und des EWG-Gerichtshofes haben einen zweitägigen Streik beschlossen. Sie protestieren dagegen, daß bei der Gehaltsüberprüfung der EWG-Beamten die Luxemburger schlechter gestellt werden sollen als die Beamten in Brüssel. Die Betriebsvertretung hat beschlossen, alle Eingänge des Europahauses auf dem Kirchberg sowie der anderen EWG-Gebäude in Luxemburg zu besetzen, damit die Arbeit nicht aufgenommen wird.

Israel weist Rogers-Vorschläge zurück

(UPI) Israel hat am Donnerstag die Vorschläge des amerikanischen Außenministers William Rogers für eine Friedensregelung im Nahen Osten zurückgewiesen und die von den Sowjets unterstützte arabische Aggression für das Anhalten der Spannungen verantwortlich gemacht. In einer Erklärung, die nach einer mehrstündigen Sondersitzung des geschäftsführenden israelischen Kabinetts veröffentlicht wurde, heißt es, der israelische Außenminister Abba Eban, werde Rogers die israelische Position «im Detail erläutern».

Eine Lösung des Konflikts sei nur durch direkte israelisch-arabische Gespräche ohne Vorbedingungen möglich. Die Erklärung warnte auch vor «Einflüssen und Druck von außen». Rogers hatte einen israelischen Truppenabzug aus den besetzten Gebieten im Austausch gegen Friedensvereinbarungen vorgeschlagen.

In Israel wird ferner ausgeführt, daß Jerusalem geteilt worden sei, nachdem

ein Teil der Stadt im Jahre 1948 von den jordanischen Truppen erobert worden war. Erst heute, unter israelischer Verwaltung, bestehe wirklich freier Zugang zu den heiligen Stätten für Angehörige aller Religionen.

Im Communiqué wird auch die «Konzentration» der «Großen Vier» in bezug auf den Nahen Osten verworfen und erneut der israelische Standpunkt betont, wonach nur direkte Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten zu einem Frieden im Nahen Osten führen könnten.

Abkehrung der US-Vorschläge auch durch Kairo

(R) Laut der Kairoer Zeitung «Al Ahram» hat Ägypten die letzten amerikanischen Vorschläge zur Regelung der Krise im Nahen Osten abgelehnt. Die Vorschläge von Rogers waren am 1. November der Regierung der VAR unterbreitet worden, wurden jedoch kategorisch zurückgewiesen, da sie «Israel zu sehr begünstigten».

Araber dominieren in der Uno

Die Uno-Generalversammlung hat die Frage der palästinensischen Flüchtlinge aufgeworfen. Mit 48 gegen 22 Stimmen bei 47 Enthaltungen hat sie eine von den arabischen Staaten beantragte Resolution angenommen, in der auf die schwierige Lage hingewiesen wird, die angeblich aus der israelischen Politik in bezug auf die besetzten Gebiete resultiere.

(R) Die vier Großmächte, die letzte Woche ihre Nahostgespräche wiederaufgenommen haben, teilten sich in drei Lager. Die Sowjetunion stimmt für die Resolution, die Vereinigten Staaten lehnten sie ab, Frankreich und Großbritannien enthielten sich der Stimme.

Der israelische Uno-Botschafter Tekoah bezeichnete die Resolution als Machenschaft einer unbedeutenden Minderheit,

die nur von den Arabern und einigen anderen Staaten unterstützt werde.

In geheimer Abstimmung hatte die Vollversammlung ferner beschlossen, nicht mehr alle palästinensischen Angelegenheiten als «wichtig» anzuerkennen und deshalb eine Zweidrittelmehrheit zu fordern. Dieser Beschluß ist mit 50 gegen 47 Stimmen bei 21 Enthaltungen angenommen worden.

Kossygin nennt die Araber «Opfer einer Aggression»

(AFP) Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin hielt an einem Bankett, das er in Moskau weilenden ägyptischen Delegation im Kreml offerierte, eine Rede, in der er erklärte, die Sowjetunion werde die «gerechte Sache» der arabischen Völker weiter unterstützen, die «Opfer einer Aggression» ge-

worden seien. Sowohl in den Vereinigten Nationen als auch außerhalb werde sie den Kampf um eine politische Regelung des Konflikts im Nahen Osten fortsetzen.

So lange diese Aggression andauere, werde die Sowjetunion Maßnahmen ergreifen, um das Verteidigungspotential Ägyptens und der anderen arabischen Staaten zu verstärken. Die UdSSR halte sich strikte an die Resolution des Unosicherheitsrates vom November 1967. Es könne nicht zugelassen werden, daß der Feind noch Vorteile aus seinen «kriminellen Aktionen» ziehe.

Verhandlungen zwischen Terroristen-Gruppen

Kairo, 10. Dez. ag. (AFP) Die palästinensische Volksbefreiungsfront (FPLP), Urheberin der Attentate in Athen und Zürich, hat mit der Bewegung der nationalen palästinensischen Befreiung, «El-Fatah», Verhandlungen aufgenommen, um einen Anschluß an die Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) in Betracht zu ziehen.

Die Gespräche finden in Tripolis in Gegenwart von Vertretern der libyschen Regierung zwischen dem Führer der Volksbefreiungsfront, Georges Habache, und einer Delegation der «El-Fatah» statt, die von einem Mitarbeiter von PLO, Yasser Arafat, geführt wird.

Luftkampf über Syrien

Damaskus, 11. Dez. (UPI) Zahlreiche Flugzeuge der israelischen Luftwaffe haben am Donnerstag einen Angriff auf syrisches Territorium geflogen. Dabei kam es nach Darstellung beider Seiten südlich von Damaskus zu einem Luftkampf. Ein israelischer Militärsprecher erklärte, israelische Piloten hätten drei syrische Flugzeuge abgeschossen. Bei den Flugzeugen habe es sich um zwei in der Sowjetunion gebaute Mig-17 und eine Mig-21 gehandelt. Alle israelischen Flugzeuge seien sicher an ihre Ausgangspunkte zurückgekehrt.

Flugzeugentführung nach Nordkorea

Ein Flugzeug der südkoreanischen Luftverkehrsgesellschaft ist am Donnerstag von Süd- nach Nordkorea entführt worden.

Süül, 11. Dez. (UPI/AFP) Die Maschine, ein Turbopropflugzeug vom japanischen Typ YS 11, war mit 51 Menschen an Bord im Anflug auf die südkoreanische Hauptstadt, als es unplanmäßig auf Nordkurs ging. Da der Funkkontakt mit der Maschine abbrach, war zunächst nicht bekannt, was sich an Bord des Flugzeuges ereignete. Dem Süüler Radiosender Dong-A zufolge landete die Maschine auf dem Flughafen der nordkoreanischen Stadt Wonsan, die rund 100 Kilometer nördlich der Grenze liegt. Nordkorea meldete die Entführung zunächst nicht.

Das Flugzeug kam aus Kangnung an der Ostküste Südkoreas. Es konnte bis Wonsan am Radarschirm verfolgt werden. Die Flugesellschaft gab die Zahl der Passagiere mit 47 an. Bis auf einen

nicht näher bekannten Fluggast, Dr. Dickens, waren Koreaner an Bord. Zu den vier Besatzungsmitgliedern gehören zwei Stewardessen. Für verdächtig halte er, sagte Cho Joong-hoon, der Präsident der Fluglinie, einen Passagier, der die Uniform eines südkoreanischen Brigadegenerals getragen und ärgerlich geworden sei, daß er in Kangnung nicht als «Very Important Person» behandelt worden sei.

Die Regierung in Süül, welche die Entführung sofort auf einer Sondersitzung erörtere, nannte sie einen Beweis dafür, daß die Nordkoreaner «Piraten» seien, die «barbarische Taten» verübten. Offenbar sollte die Entführung die internen Schwierigkeiten und die «internationale Isolierung» Nordkoreas demonstrativ verdecken.

Es handelt sich um die erste Entführung eines zivilen Flugzeuges in diesem Gebiet seit elf Jahren. 1958 war eine DC-3 der südkoreanischen Flugesellschaft auf dem Weg von Pusan nach Süül zur Landung in Pjöngjang gezwungen worden. Nach 18 Tagen wurden damals die Passagiere, darunter zwei Amerikaner und zwei Deutsche, freigelassen und nach Panmunjom gebracht. Für die Entführung waren sieben nordkoreanische Agenten verantwortlich gemacht worden.

In Südkorea machte sich nach Bekanntwerden der neuen Entführung eine gewisse Spannung bemerkbar. Man befürchtet, daß die nordkoreanischen Agenten weitere solche Luftpiratenakte ausführen könnten.